

BLICKPUNKT

EXTRA

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim
V.i.S.d.P DKP Heidenheim Stadtrat Ulrich Huber

BLICKPUNKT Nr. 07 -EXTRA-

August 2004

Jahrgang 33

Abriss von Mietwohnungen in „Klein Zürich“ Ein weiterer GBH Skandal

Im Wohngebiet „Klein Zürich“ geht bei den Mietern seit April 2004 die Angst um. Mit Schreiben sind die GBH-Mieter zum Wohnungstausch aufgefordert worden. Der GBH gelinge es nicht mehr, eine Vollvermietung der Wohnungen zu erreichen (Siehe BLICKPUNKT Juli 2004). Den Mietern wurde, freiwillig versteht sich, der Wohnungstausch für rund 200,- € mehr angeboten. Das war schon unverschämt. Zum 01. August 2004 haben jetzt die Mieter, darunter alleinstehende, mittlerweile über 75 Jahre alte Personen mit 50 jähriger Mietertrou, die Kündigung auf Mitte 2005 erhalten. Die GBH-Experten werden zur Wohnungssuche den betroffenen Familien, so die GBH im April, mit Tatkraft und zu allen erforderlichen Fragen zur Seite stehen. Es war für die GBH ein Schlag ins Wasser. Nur vereinzelt gaben Mieter einem Wohnungswechsel aus freien Stücken ihre Zustimmung.

Eile ist die Mutter aller Dummheit!

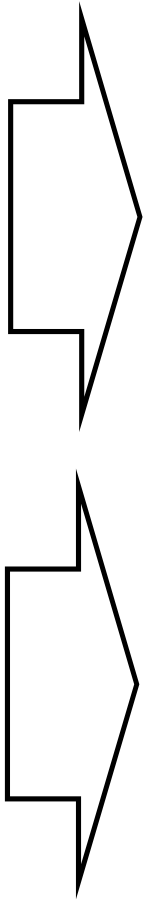
Für die Mieter gilt jetzt: Ruhe bewahren!



Bitte wenden

Auch Mieter haben Rechte!

Die wichtigsten Rechte sind:



Sich Zeit lassen.

Nichts überstürzen.

Zum jetzigen Zeitpunkt keine Zusagen machen.

Nichts unterschreiben.

Sich mit den Mitmietern, die in der gleichen Situation sind, zusammensetzen und beraten.

Rechtsbeistand, z.B. Mieterverein, einschalten.

Öffentlichkeit herstellen z.B. örtliche Presse oder DKP informieren.

Protesterkklärungen an den GBH-Aufsichtsratsvorsitzenden und Oberbürgermeister Ilg verfassen.

Jeden Schritt gemeinsam besprechen.

Seine persönliche finanzielle Situation zusammenfassen und in die Gespräche einbringen.

Wir, Sie und die DKP, müssen miteinander reden.

u.s.w.

GBH-Griesinger droht mit Abrissbirne

Nicht seinen Mietern sondern seinen Aktionären verpflichtet

Es scheint auf den ersten Blick verständlich, dass die seit längere Zeit leer stehenden Wohnungen durch Abriss beseitigt werden können.

Aber was passiert wirklich, was steckt dahinter?

Da fallen seit Jahren, zum Nutzen der GBH-Aktionäre, öffentliche Wohnräume der Abrissbirne zum Opfer. Wohnungen, die in den 50er Jahren von der damaligen „Gemeinnützigen Baugesellschaft (Alt-GBH) mit öffentlichen Zuschüssen, sprich Steuergeldern, finanziert wurden. Hinzu kommt, dass die Wohnblocks teilweise auf städtischem Grund und Boden zu billigsten Grundstückspreisen von der „Alt-GBH“ erworben wurden. Der Skandal der Grundstücks- und

Baugesellschaft der „Neu-GBH“ liegt in der profitablen Umnutzung und der Weiterprivatisierung an Miet- und Immobilienspekulanten. So wird aus ehemals öffentlichem Wohnraum privater Profit gezogen. Und die Aktionäre haben kein schlechtes Gewissen.

Um die Geldvermehrungskette in Gang zu halten, müssen die Mieter, sollte sich der Abriss von „Klein Zürich“ auch lohnen, auf schnellstem Wege ihre lieb gewonnenen, teilweise auch selbst sehr individuell sanierten Wohnungen verlassen. Sie sollen zwangsweise in fremde Wohngebiete und Wohnungen verpflanzt werden.

Auch das ist den Villen- und Aktien-

besitzern egal. Es gibt ja Wohngeld, für solche Familien oder ältere Menschen, die die neue rund 200.- € höhere Miete nicht bezahlen können.

Die GBH muss in die Schranken verwiesen werden.

Öffentlicher Wohnraum muss öffentlich bleiben.

Bei der zunehmenden sozialen Ausplünderung der Arbeitnehmer, der Kranken und Rentner, gehören günstige und bezahlbare Mieten zur Tagesaufgabe erklärt.

Die Mieter in den Mittelpunkt, nicht die Aktionäre.

